## AfD-Fraktion im Rat der Stadt Weber, Frank

| Betreff:                                  |            |        |
|---|------------|--------|
| Grüne Welle auf dem Ring                  |            |        |
| Empfänger:                                | Datum:     |        |
| Stadt Braunschweig                        | 23.11.2017 |        |
| Der Oberbürgermeister                     |            |        |
|   |            |        |
| Beratungsfolge:                           |            | Status |
| Bauausschuss (Vorberatung)                | 05.12.2017 | Ö      |
| Verwaltungsausschuss (Vorberatung)        | 12.12.2017 | N      |
| Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung) | 19.12.2017 | Ö      |

## Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Grundlagen für die Einführung einer "Grünen Welle" auf dem Ring (Rebenring, Altewiekring, Hagenring etc.) sowie auf weiteren Hauptverkehrsstrassen in Braunschweig zu erarbeiten, und den zuständigen Fachausschüssen die Ergebnisse bis Ende 2018 vorzustellen.

## Sachverhalt:

Bei ordnungsgemäßer Fahrweise mit max 50 km/h ist es nicht möglich, den Ring um Braunschweig und andere Hauptverkehrsstrassen zu befahren, ohne an vielen Ampeln anhalten zu müssen.

Dies ist durch das dadurch ständig notwendige Anfahren und Bremsen einerseits eine unnötige und vermeidbare Umweltbelastung, andererseits aber auch ein Sicherheitsrisiko. Autofahrer versuchen noch "schnell über die Ampel zu kommen" und überschreiten dabei die zulässige Höchstgeschwindigkeit. Bei freier Fahrt ist eine "Grüne Welle" bei ca. 70km/h festzustellen, was von nicht wenigen Autofahrern bei entsprechenden Verkehrsbedingungen ausgenutzt wird.

Diese Geschwindigkeitsüberschreitungen führen sowohl zu erhöhter Schadstoffbelastung der Luft durch Beschleunigungs- und Bremsvorgänge als auch zu einer Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer.

Eine "Grüne Welle" mit dem klar für den Autofahrer spürbaren Vorteil einer gleichmäßigen Fahrt, veranlasst ihn sich an die Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 km/h zu halten, ohne Zwangsmaßnahmen wie Geschwindigkeitskontrollen durchführen zu müssen.

Im Rahmen des unter Punkt 1 der Vorlage <u>17-05566</u> beschlossenen Forschungsvorhabens zur Einführung einer "Feuerwehrampelschaltung" kann diese Studie unter Nutzung von Synergieeffekten mit niedrigen Kosten integriert werden.

Anlagen: keine